

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement 3003 Bern

Via Mail an rechtsinfrormatik@bj.admin.ch

Bern, 19. Oktober 2022

Antwort auf die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (BGEID)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, uns zum erwähnten Gesetzesentwurf zu äussern und nehmen diese gerne wahr. Der Verein eGov-Schweiz bezweckt die Förderung der Innovation im eGovernment. In dieser Perspektive ist die Schaffung von Rechtsgrundlagen für eine digitale Identitätsinfrastruktur von besonderem Interesse für unseren Verein.

Der Verein eGov-Schweiz begrüsst den vorliegenden Gesetzesentwurf und unterstützt die rasche Umsetzung und den Aufbau der definierten Infrastruktur. Die Kernanliegen aus dem politischen Auftrag, die Grundsätze «privacy by design», «Datensparsamkeit» und «dezentrale Datenspeicherung», sind umfassend berücksichtigt worden.

Eine digitale Identitätsinfrastruktur ist aus Sicht des Vereins ein zentraler Bestandteil des eGovernments und erlaubt eine weitere Digitalisierung der Prozesse. Entscheidend ist, dass um die eID ein lebendiges Ökosystem von Akteuren und Nutzungen entsteht. Nur damit kann die Verbreitung und Nutzung der eID in der Bevölkerung nachhaltig verankert werden und ein umfassender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Nutzen geschaffen werden. In dieser Perspektive ist eine Verankerung des Ökosystem-Gedankens als Teil der Zweckbestimmung anzustreben.

Die Unterstützung der Benutzenden ist für einen erfolgreichen Betrieb der eID zentral. Ob die Zuweisung dieser Rolle an die Kantone in Art. 8 BGEID für eine flächendeckende Unterstützung sorgen kann, wir von unserem Verein in Frage gestellt. Ein identisches Supportangebot, das flächendeckend und niederschwellig für alle Benutzerinnen und Benutzer bereitsteht, muss das Ziel sein.

Weiter muss dem Risiko einer nicht gerechtfertigten Abfrage und Speicherung von Identitätsdaten vorgebeugt und damit Überidentifikation durch Anbieter verhindert werden. Eine Bestimmung, die die Datenbearbeitung auf ein unbedingt notwendiges Minimum einschränkt, sowie eine Informations- und Zustimmungspflicht vorschreibt, sind einzufügen.

Der definierte Rahmen für die Umsetzung der Lösung erschient zweckmässig, zumal keine technologischen Umsetzungsentscheide enthalten sind. Gleichwohl ist eine hohe Usability für die Benutzerinnen und Benutzer sicherzustellen, indem eine Verwendung auf verschiedenen Geräten ermöglicht wird und auch die Weiternutzung bei einem



Gerätewechsel unterstützt. Die technische Umsetzung muss ermöglichen, dass allen Benutzerinnen und Benutzern die eID nutzen können, insbesondere muss sie auch nach den Kriterien der Barrierefreiheit entwickelt werden.

Die Realisierung der Lösung als Ökosystem im Zusammenspiel mit den verschiedenen öffentlichen und privaten Anbietern ist eine zentrale Anforderung. Unsere Zielvorstellung eines Ökosystems (entsprechende dem Ambitionslevel 3 in früheren Diskussionsunterlagen) beinhaltet, das verschiedene Akteure – private und staatliche – mit ihren Lösungen zum vielfältigen Ökosystem beitragen und keine Beschränkungen bestehen, so sollten zum Beispiel auch weitere Wallets von privaten Anbietern genutzt werden können.

Die Einbindung von weiteren privaten Akteuren hängt auch vom Gebührenmodell ab. eGov-Schweiz unterstützt das Prinzip, dass eine minimale Gebühr für den Eintrag ins Basisregister, aber keine Gebühr für die Ausstellung oder die Verifikation eines Nachweises erhoben werden. Die Widerrufe der elektronischen Nachweise würden durch tägliche Aktualisierungen zum System kommuniziert. Für ausstellende Akteure wären auf den verbunden 'Revocation Update' Gebühren erhoben.

Zusammenfassend sind wir davon überzeugt, dass die vorgeschlagene gesetzliche Grundlage sinnvolle Regeln zur Entwicklung einer eID als wichtiger Teil einer digitalen Infrastruktur definiert. Mit punktuellen Anpassungen und einer schnellen und klaren Detaillierung in den nachgelagerten Bestimmungen könnte das Ziel eines umfassenden, vielfältigen Ökosystems besser erreicht werden.

Freundliche Grüsse

eGov-Schweiz

Renato Gunc

Präsident

Christoph Beer

Geschäftsführer